Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 28 (1949)
Heft: 4

Artikel: Das neue Weltreich
Autor: Kramer, Hugo
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336190

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

tiven Parteikreisen sehr wohl, und deshalb ist man gar nicht erpicht darauf, die Frage der Verbotsaufhebung durch eine Volksabstimmung entscheiden zu lassen. Aber da wir nach wie vor in einer*Demokratie* und in einem *Rechtsstaat* leben, muß unter allen Umständen an der Forderung festgehalten werden, daß die kantonalen und eidgenössischen Behörden auf der *strikten Wahrung der konfessionellen Bestimmungen* beharren, der bisherigen verfassungswidrigen Tätigkeit der Jesuiten ein Ende gesetzt und der ultramontanen Partei mit aller Deutlichkeit erklärt wird, daß, wenn sie Artikel 51 aufheben will, es nicht durch irgend welche jesuitischen Auslegungskünste geschehen kann, sondern es dazu nur den einen sauberen Weg der *Partialrevision* gibt, und das Volk darüber das letzte Wort zu sagen hat.

HUGO KRAMER

Das neue Weltreich

Was ist die große, die entscheidende Tatsache der weltpolitischen Entwicklung dieser letzten Jahre? Für den einigermaßen vorurteilsfreien Beobachter der Zeitgeschichte kann kein Zweifel bestehen: es ist der *Aufstieg der Vereinigten Staaten von Amerika zum Range der ersten Weltmacht.* Noch vor verhältnismäßig wenigen Jahren waren die Vereinigten Staaten eine von mehreren, ungefähr gleich starken, wirtschaftlich vorwärtsstrebenden, politisch unabhängigen Großmächten. Heute nehmen sie die kaum ernstlich angreifbare Spitzenstellung ein. Der zweite Weltkrieg hat Europa und die in ihm beheimateten Mächte wirtschaftlich fast ruiniert und politisch heillos geschwächt. Amerika anderseits ist zur selben Zeit wirtschaftlich wie politisch beispiellos erstarkt. Mit sechs Prozent der Erdbevölkerung erzeugt es mehr als einen Drittel sämtlicher Weltgüter und stellt seinen Bewohnern im Durchschnitt achtmal soviel Verbrauchsgüter zur Verfügung als der Rest der Erdenbürger konsumieren kann. Wenn es in diesem Überfluß nicht ersticken will, so muß es davon wenigstens einen Teil den Mangelländern zuleiten, und es hat damit auch tatsächlich bereits begonnen, mit dem Ergebnis, daß die Empfängerländer mehr und mehr von den Vereinigten Staaten abhängig werden. Mit seiner Wirtschafts- und Waffenhilfe verhindert Amerika zwar Chaos und soziale Revolution besonders in Westeuropa und im Nahen Osten, aber es übernimmt damit zugleich auch die Führung aller Kräfte der sozialen Konservation und muß die auf seine Unterstützung angewiesenen Staaten – etwa 40 an der Zahl, eingeschlossen

Lateinamerika und die fernöstlichen Länder – auch in sein politisches Weltsystem einzugliedern suchen. Die Anlegung eines ganzen Netzes von Flotten- und Luftstützpunkten auf dem größeren Teile des Erdenrundes ist der militärische Ausdruck dieses Sachverhalts; die Vereinigten Staaten können in der Tat auf diese Weise fast von einem Augenblick auf den andern jeden beliebigen Punkt unseres Planeten angreifen, ohne wirksamen Widerstand besorgen zu müssen. Das heißt aber, daß sie heute in der Lage sind, die Politik der von ihnen wirtschaftlich abhängigen Regierungen zu formen und zu beeinflussen, wie es ihren eigenen Zwecken entspricht. Und während man häufig der Sowjetunion ein *Streben* nach Weltherrschaft vorwirft, ist die Weltherrschaft der Vereinigten Staaten bereits eine annähernd vollendete *Tatsache*.

Das ist, kurz zusammengefaßt, die These, die ein amerikanischer Schriftsteller, *George Marion*, in seinem letztes Jahr erschienenen Buche «*Bases and Empire*» («Stützpunkte und Weltreich») entwickelt. Der Verfasser hatte Mühe, sein Buch an die Öffentlichkeit zu bringen, zerstört er doch damit die große nationale Legende, die der Durchschnittsamerikaner so gläubig annimmt, wonach der Führungsanspruch der Vereinigten Staaten in der inneren Überlegenheit und dem äußeren Erfolg des «american way of life», des amerikanischen Lebensstils, begründet sei und darum nichts von Herrschaftsstreben, Imperialismus oder wirtschaftlicher Selbstsucht an sich habe, wie das für die Politik anderer Völker zutreffe. «Unsere Außenpolitik», so sagt Marion, «kommt auf die einfache Behauptung hinaus, daß die Vereinigten Staaten kein Unrecht tun könnten. Das ist die unvermeidliche Wirkung des hohen moralischen Tones, den wir anschlagen. Wir verlassen damit das Reich der Wirklichkeit, wo die Interessen von Nationen und Einzelmenschen tatsächlich in Gegensatz miteinander geraten. Wir schaffen uns eine Phantasiewelt, in der eine einzelne Nation mit höchster Macht wie mit höchster Weisheit ausgestattet ist. Wo immer ein Amerikaner im Ausland ein materielles Interesse verfolgt, wo immer eine amerikanische Gesellschaft das Recht beansprucht, eine Ölleitung anzulegen, eine Quelle zu bohren, Gummi zu pflanzen, eine Fluglinie einzurichten oder eine Kapitalanlage zu machen, da kommt die amerikanische Wehrmacht und das Außenministerium, um einen Heiligenschein darumherum zu malen. Die Zumutung, daß jedes derartige Geschäftsabenteuer ins volle Licht der Öffentlichkeit gestellt werden solle, mit freier Erörterung der dahinter stehenden Tatsachen, wird als Beleidigung unserer nationalen Ehre behandelt.» Und vollends zu so etwas wie imperialistischer Weltpolitik sind die Vereinigten Staaten natürlich völlig unfähig. «Amerikanischer Imperialismus? Offen gesagt: Ich denke, das ist einfach dumm. Ich hoffe, wir werden ein paar neue Stützpunkte für unsere Landesverteidigung errichten. Aber jeder, der auch nur ein Körn-

chen Verstand hat, sollte wissen, daß wir nirgends Eroberungen planen, daß wir vielmehr nur Gerechtigkeit, die offene Tür, demokratischen guten Willen und Frieden auf dem Erdenrund verlangen.» Das stellte einmal Senator Vandenberg fest, also einer der Hauptgestalter von Amerikas Außenpolitik, und jeder gute Amerikaner stimmt ihm rückhaltlos bei. Immerhin gibt es einige unpatriotische Leute, die sich zu allen derartigen Behauptungen ihre eigenen Gedanken machen. «Die Frage, warum die Amerikaner diese Unrichtigkeiten glauben», so schreibt zum Beispiel Professor Frederick L. Schuman in einer Besprechung des Buches «Offen herausgesagt», dessen Verfasser der frühere Außenminister Byrnes ist, «diese Frage ist leicht zu beantworten. Man hat ihnen eben versichert, daß sie wahr seien, und zwar von seiten der Mehrzahl ihrer Zeitungen und Zeitschriften, von seiten fast aller noch tätigen Radiokommentatoren, vieler ihrer Geistlichen und sozusagen all ihrer politischen Führer; eingeschlossen Byrnes.»

Auch George Marion gehört zu den Ketzern, die nicht an die imperialismusfreie Unschuld der Vereinigten Staaten glauben. Imperialismus, so bemerkt er, ist ja nicht das gleiche wie Annexion und Eroberung fremder Länder. Und umgekehrt bemißt sich nationale Unabhängigkeit keineswegs bloß nach dem Grad formaler Souveränität, die ein Staat genießt. Die Philippinen zum Beispiel sind heute völkerrechtlich ein unabhängiges Staatswesen, militärisch aber gänzlich in der Hand der Vereinigten Staaten, die hier 23 Flotten- und Luftbasen unterhalten, und wirtschaftlich wehrlos dem Zugriff amerikanischen Kapitals ausgeliefert, nicht zu reden von der Stützung eines ausgesprochen reaktionären politischen Regimes durch die Vereinigten Staaten, die heute mit den gleichen Filipino-Elementen zusammenarbeiten, welche seinerzeit in Kollaboration mit der japanischen Besetzungsmacht standen. Anderseits braucht es nicht einmal direkte wirtschaftliche Ausbeutungsabsichten, um eine bestimmte Außenpolitik zu einer imperialistischen Politik zu stempeln. Die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten auf ihren neugewonnenen pazifischen Besitzungen, ebenso wie in Korea, Japan und Westdeutschland, kein Geld machen, sondern nur Geld verlieren, beweist darum nichts gegen den imperialistischen Charakter ihrer Gesamtpolitik. «Der moderne Imperialismus zielt auf Weltherrschaft ab, und irgendein bestimmtes Gebiet kann sehr wohl großen Wert als strategische Stellung haben, ohne an sich auch wirtschaftlichen Wert zu besitzen. Jede Kolonialmacht hat kostspielige und unrentable Niederlassungen als Bestandteil ihres allgemeinen Machtgefüges unterhalten. Von den pazifischen Inseln aus kann die Herrschaft über die reichen Schätze Asiens gewonnen werden, so daß ein Verlust auf diesen Inseln auf weitere Sicht doch kein Verlust ist.» Und wenn General Marshall jede imperialistische Absicht Amerikas einmal entrüstet be-

stritt mit dem Hinweis, daß die Vereinigten Staaten, im Gegensatz zu Rußland, keine ihnen hörige Parteien geschaffen hätten, die bestimmte Länder von innen heraus zu erobern hätten, so halte, meint Marion, auch diese Behauptung den Tatsachen nicht stand. «Politische Parteien, die der amerikanischen Regierung und vielleicht auch amerikanischen Privatinteressen hörig sind, wurden in Frankreich und Italien wie auch in Griechenland zur Macht emporgehoben, um nur die bekanntesten Fälle zu nennen ... Die typische Imperiumsform des 20. Jahrhunderts ist die wirtschaftliche Durchdringung, die sich in finanzieller Beherrschung kristallisiert. Es ist das eine feine und halb unsichtbare Herrschaftsform. Im 19. Jahrhundert waren die Aufteilung von ganzen Erdteilen, die Aufteilung von einzelnen Ländern unter rivalisierenden Mächten durch offene oder geheime Verträge (so wie Afrika zwischen 1870 und 1900 aufgeteilt und wiederaufgeteilt wurde) sowie die Schaffung geschlossener Interessensphären (wie in China) die charakteristischen Formen des Imperialismus. Aber die typisch imperialistische Form des 20. Jahrhunderts – das ist die verborgene Ausbeutung ganzer nationaler und kontinentaler Wirtschaften durch eine einzige Macht wie die Vereinigten Staaten. Und da die Technik die Welt kleiner gemacht hat, so gibt die amerikanische Vorherrschaft auf dem Gebiete der Fernverbindungen, des Flugwesens und der Schiffahrt – dreier im nationalen Interesse betriebener ‚Privatindustrien', die von Natur weltweit sind – dem amerikanischen Ehrgeiz besondere Antriebskraft. Sie verstärkt das Streben, diese verborgene Ausbeutung so weit auszudehnen, bis sie die ganze Welt zu einer einzigen Kolonie des amerikanischen Großkapitals gemacht hat.»

*

Man versteht die heutige amerikanische Politik der Imperiumsbildung aber doch nur richtig, wenn man sie als die Fortsetzung eines Prozesses sieht, der schon seit Jahrzehnten im Gang ist. «Der moderne amerikanische Imperialismus», so stellt Marion fest, «ist zum mindesten 50 Jahre alt, und seine Wurzeln können überdies auf frühere Ausdehnungsformen zurückgeführt werden, die so alt sind wie unser Land selbst ... Der Mythos behauptet, die Vereinigten Staaten seien bis zum jüngsten Krieg – oder mindestens bis zum ersten Weltkrieg – isoliert und von der Welt abgesondert gewesen. Die Wahrheit ist, daß die Vereinigten Staaten schon von Geburt an – und durch ihre Geburt – in einen langfristigen Kampf um die Weltmacht verwickelt waren.» Die Vereinigten Staaten sind in der Tat in eine Welt scharfen Konkurrenzkampfes hineingeboren worden. Nach der kriegerischen Auseinandersetzung mit Großbritannien dehnten sie sich insbesondere auf Kosten Frankreichs und Spaniens aus, dann auf Kosten Mexikos, dem sie die heutigen Staaten Texas, Neu-Mexiko, Kolorado, Idaho, Utah, Newada und Kalifornien abnahmen. Wirtschaftlich-

kapitalistische Triebkräfte spielten dabei eine entscheidende Rolle. Die früheste amerikanische Ausdehnung barg in sich bereits die gefährlichen Antriebe, die für allen Imperialismus kennzeichnend sind. Dieser innere Antrieb zu gesteigerter Produktion, zu erweitertem Absatz und höheren Gewinnen ist blutig und brutal auch in seinen vormonopolistischen Stadien, weil er sich nicht um menschliche Werte kümmert ... Mit dem Aufkommen der großen, modernen Geldmacht, der zentralisierten, von einem kleinen Klüngel beherrschten ‚Interessengruppen' Morgan und Rockefeller, treten neue Elemente in das Problem ein. Aber das Grundprinzip, das zu dem stürmischen Wallstreet-Begehren unserer Zeit nach Weltherrschaft führt, ist die ganze Zeit über im Hintergrund gestanden: das kapitalistische Prinzip des Vorrangs der Sachen, die gesetzlose Herrschaft des Besitzes über die Menschen.»

In den letzten 50 Jahren hat sich die Expansion der Vereinigten Staaten im wesentlichen durch andere Mittel als durch offene Gebietserwerbungen vollzogen. Und doch wurde die gegenwärtige Stützpunkt- und Imperiumspolitik durch eine planvolle Häufung strategischer Stellungen vorbereitet, bei der die Flotte die Hauptrolle spielte. Der amerikanische Historiker Charles A. Beard meint beispielsweise, daß nur ein weitgespanntes Expansionsprogramm den Krieg mit Spanien (1898) erklären könne, denn heute zugängliche Dokumente zeigten, daß das damals vorgeschützte Ziel, die Unabhängigkeit Kubas, auch durch diplomatischen Druck auf Spanien zu erreichen gewesen wäre. Aber, so fügt er bei, das hätte eben den Vereinigten Staaten nicht eingebracht, was sie durch Eintritt in den Krieg gewannen: einen Flottenstützpunkt in Guantanamo (Kuba), die Möglichkeit zur Annexion von Puerto Rico und die Erwerbung der Philippinen, die einen Flottenstützpunkt für die wirtschaftliche Ausdehnung im Osten lieferten.

Inzwischen wuchsen die Vereinigten Staaten mehr und mehr zur beherrschenden Wirtschaftsmacht der westlichen Welt heran. Die Entwicklung der amerikanischen Industrie, das Einströmen europäischen Kapitals in die Vereinigten Staaten, die unbegrenzten Hilfsquellen des amerikanischen Kontinents und seine verhältnismäßige Isolierung erhoben sie allmählich in den Rang einer Großmacht ersten Ranges mit dem vollen Anspruch auf volle Weltbeherrschung. Schon in seinem Buch «Amerika besiegt England» (1930) zitierte Ludwell Denny einen «begeisterten amerikanischen Bankier», der rühmte: «Kein anderes Land war jemals zuvor zu ein und derselben Zeit der größte Warenproduzent und der größte Kreditgeber; unser Platz ist der einer beherrschenden Macht.» Und heute, nach dem zweiten Weltkrieg, stehen die Vereinigten Staaten wirtschaftlich, politisch und militärisch tatsächlich mächtiger da als jemals ein anderes Reich in der Geschichte der Menschheit. Sie haben auf ge-

wissen Gebieten geradezu eine Monopolstellung inne, beispielsweise in der Herstellung atomischer Sprengstoffe. Sie haben Großbritannien aus den Weltmeeren verdrängt, setzen sich immer mehr in den früheren britischen Herrschaftsgebieten fest und haben das einst stolze Albion in den Rang eines Juniorpartners des amerikanischen Imperiums hinuntergedrückt. Die überwältigende finanzielle Vormachtstellung der Vereinigten Staaten hat auch die Lancierung des Marshall-Plans erlaubt, der, wie Marion sagt, «den Versuch unternimmt, unsere gegenwärtigen (wirtschaftlichen) Vorteile durch die Beherrschung von Schlüsselstellungen der Wirtschaft eines jeden Landes dauernd zu gestalten. Es erweckt darum keine Überraschung, daß nur dünn verschleierte politische Herrschaftsstellungen den wirtschaftlichen nachfolgen.»

Vor allem drückt sich aber die amerikanische Herrschaftsstellung in der Kontrolle der ungeheuer ausgedehnten Land- und Seemassen aus, auf die sich der Einfluß der Vereinigten Staaten heute erstreckt. «Man kann heute mit einer Stecknadel irgendwo auf einer Weltkarte hineinstechen – und überall wird man einen amerikanischen General oder Admiral treffen. Und doch stellt man durch irgendein Wunder von Selbstgefälligkeit dem heimischen Publikum diesen vollständigen Bruch mit der amerikanischen Überlieferung, die Anmaßung militärischer Vorzugsrechte, die weit über alle jemals von einer Macht in der bekannten Geschichte beanspruchten hinausgehen, als neuen Beweis amerikanischer Großherzigkeit, Selbstlosigkeit und Dienstfertigkeit dar. Unsinn! Wer hat je von Admirälen und Generälen gehört, die in moralischen Betätigungen aufgingen? Ihr Handwerk ist, unsere Außenpolitik anderen mit Gewalt aufzuzwingen, sofern die bloße Zurschaustellung von Gewalt nicht bereits genügend wirkt.»

Die Liste der Länder, Inseln und Punkte, die seit dem Ende des zweiten Weltkrieges unter amerikanischem militärischem Einfluß oder unter absoluter strategischer Beherrschung durch Amerika stehen, ist in der Tat eindrucksvoll. Auf der westlichen Halbkugel gehören dazu in Nordamerika: Alaska, Kanada, Neufundland und Labrador. In Mittelamerika: Mexiko, Panama, Kanalzone, Costa Rica, Salvador, Britisch Honduras, Honduras, Nicaragua, Guatemala, Kuba, Haiti, San Domingo, Puerto Rico, Jungfraueninseln, Britisch Westindien. In Südamerika alle Staaten außer Argentinien. Das sind 11 Millionen Quadratmeilen mit 135 Millionen Menschen.

Im Atlantikraum beherrschen die Vereinigten Staaten: Grönland, Island, die Azoren, Ascension, die Bermudas und Liberia, zusammen 820 000 Quadratmeilen mit 1,9 Millionen Einwohnern.

Im Pazifikraum: die Alëuten, Hawaii, die Philippinen, Samoa, Wake, Midway, Guam usw., ferner den Ryukyu-Archipel mit 55 Inseln, die Bonin- und

Vulkaninseln, 30 an der Zahl, die früheren britischen Mandatinseln, die neuseeländischen, australischen und japanischen Mandatinseln und schließlich Französisch Ozeanien (Neu-Kaledonien, Tahiti usw.), insgesamt 345 000 Quadratmeilen Land mit über 19 Millionen Einwohnern.
In Asien: Japan, Formosa und halb Korea, mit 210 000 Quadratmeilen und rund 89 Millionen Menschen.

Insgesamt also eine Landfläche von rund 11 545 000 Quadratmeilen mit etwa 223 Millionen Menschen. Europa, Nordafrika, Zentralafrika, Vorderasien, und Südasien sind in dieser Aufstellung noch gar nicht mitberücksichtigt, obwohl gerade jetzt besonders planmäßig daran gearbeitet wird, auch diese Gebiete – durch den Atlantikpakt und die mit ihm zu koordinierenden weiteren Abmachungen – in engste Verbindung mit dem strategischen Weltsystem der Vereinigten Staaten zu bringen. Auf jeden Fall glaubt Marion feststellen zu dürfen: «Die Vereinigten Staaten erstreben buchstäblich die strategische Welthegemonie. Ob nun Sie und ich es gern haben oder nicht: wir sind in einem grenzenlosen Ausdehnungsstreben begriffen. Der Gegendruck anderer Mächte und der Widerstand der Völker, die durch unsere Herrschaft geschoben und geschädigt werden, wird schließlich entweder unserem Erweiterungsdrang Schranken setzen oder unser Weltreich in den Nähten zum Platzen bringen. Inzwischen ist es aber Tatsache, daß die Vereinigten Staaten ihrem Machtstreben aus eigenem Willen keinerlei Grenzen gesetzt haben.»

Wohin soll das alles führen? Unser Autor erwartet nichts Gutes von den immer weiter getriebenen Ansprüchen Amerikas auf militärische Sicherungen und Operationsbasen über die ganze Welt hin. «Sie verheißen – sofern das amerikanische Volk nicht eingreift und die Bankiers und Generäle aus Washington hinausjagt – zuletzt nur einen krachenden Zusammenbruch unserer Außenpolitik. Jeder Zoll unseres gegenwärtigen Weges ist mit den Explosionsstoffen eines neuen Weltkrieges gepflastert.» Ist das nicht ein Aufruf an uns Europäer, unser Schicksal endlich in die eigene Hand zu nehmen und unsern Erdteil so zu ordnen, daß er *keinem* der beiden großen Machtblöcke eingegliedert werden kann, vielmehr ein Puffer zwischen ihnen drin wird, der ihren Zusammenstoß zu verhindern vermag?